

Eisenbahnübergang in Holzhausen wird verbreitert — ein schon lang gehegter Wunsch geht in Erfüllung!

Nachdem die Georgsmarienhütter Eisenbahn in den Besitz der Wittlager Kreisbahn übergegangen ist, sind auch die Gespräche um die Verbreiterungen der Bahnübergänge an der K 1 am Bahnhof Patkenhof und am Haunhorstweg neu belebt worden. Ziel dieser Aufweitung an der Kreisstraße soll die Weiterführung der Bürgersteige über den Bahnkörper sein, sodaß der Fußgänger, besonders aber unsere Schulkinder, nicht mehr die Fahrbahn benutzen müssen. Der Ausbau des Bahnüberganges am Haunhorstweg ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Wittlager Kreisbahn, des Landes Niedersachsen und der Stadt Georgsmarienhütte. Die vorhandene Anlage soll verbreitert und durch eine Lichtzeichenanlage mit Halbschranken ersetzt werden. Es ist sehr erfreulich, daß auch dieser Engpaß nun beseitigt werden kann und zusammen mit dem weiteren Ausbau der Kreuzstraße der Verkehr hier in der Mitte unseres Stadtteiles nun um einiges sicherer wird.

Johannes Menkhaus

Kurz berichtet

— Über 5000 Besucher beim Lichterabend in Alt-GM-Hütte.

Ein voller Erfolg zwar, aber ein paar kritische Anmerkungen von Bürgern seien erlaubt und weitergegeben!

Das Barock-Feuwerk war sicherlich eindrucksvoll; jedoch wäre mancher Foto-Freund für einen kurzen Hinweis vor der Veranstaltung dankbar gewesen; hätte er dann doch seinen Standort im dichten Besuchergedränge zweckmäßiger auswählen und sein Objektiv mehr auf die Wasserfläche als den — wenig ergiebigen — Himmel richten können. Dies nur zur zukünftigen Beobachtung.

— Die herbstlichen Seniorennachmittage fanden wiederum einen fast unvorstellbaren Zuspruch. Es gibt keine Bürgergruppe, die von Angeboten der Stadt so interessiert und dankbar Gebrauch macht. Weiter so.....! Werner Schmigelski

Betrifft: Aktion „Essen auf Rädern“ in Georgsmarienhütte: 25 Portionen sind zu wenig!

Seit fast genau zwei Jahren fährt der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) täglich das warme Mittagessen in GM-Hütte aus. Dieses Angebot wird jedoch — nach Auskunft des DPWV — nur von ca. 25 Bürgern der gesamten Stadt wahrgenommen, obwohl zu Beginn Presseveröffentlichungen und Probeessen in GM-Hütte durchgeführt wurden, um dieses Angebot möglichst allen Personen bekannt zu machen. Der DPWV arbeitet auch eng mit der Sozialstation zusammen, die auch sehr oft neue Bestellungen oder Änderungen mitteilt.

Aber 25 Portionen für eine so große Stadt ist eigentlich zu wenig; mal ganz abgesehen von den hohen Fahrtkosten, die bei der Fahrt von Kloster-Oesede bis Ohrbeck entstehen.

Die CDU in GM-Hütte ist immer für die Aktion „Essen auf Rädern“ eingetreten.

„Stadt im werden“ entspricht deshalb gern der Bitte des DPWV, die Aktion in GM-Hütte bekannt zu machen.

Wir fügen einem Teil dieser Auflage ein Informationsblatt des DPWV bei und veröffentlichen nachstehend einen Wochenauszug des

Speisenplans der altengerechten Kost:

- Mo. 06.9.82 Hühnerfrikassee mit Reis
Karottensalat
- Di. 07.9.82 Putenrollbraten, Spinat,
Kartoffeln
- Mi. 08.9.82 Kartoffelsuppe nordd. Art,
Rauchwurst, Ananasdessert
- Do. 09.9.82 Beefsteak in Soße, Karotten
Kartoffelpüree
- Fr. 10.9.82 Fischstäbchen, Dillsoße,
Petersilienkartoffeln,
Rohkostsalat
- Sa. 11.9.82 Gulasch mit Spaghetti
- So. 12.9.82 Hirschkeule, Rosenkohl,
Klöße

Daneben werden abwechslungsreiche Menüs für **Diabetiker** sowie für **Leber-, Magen-, Galle-Empfindliche** angeboten.



stadt im werden

Nr. 87

13. November 1982

Sie lesen in dieser Ausgabe:

Seite 2: Der Wechsel

Seite 3: 3000 Bäume

Seite 4: Was denn nun?

Seite 5: CDU-Fraktion im Gespräch

Seite 6: 50 neue Lehrstellen

Seite 6: Neues Bauland ist notwendig

Seite 6: Verkehrsberuhigung in Oesede

Seite 7: Leser schreiben uns

Seite 8: Kurz berichtet

Seite 8: Aktion Essen auf Rädern

Wende in Bonn



Unser Abgeordneter Prof. Dr. Hornhues unter den ersten Gratulanten nach der Kanzlerwahl

Konto-Nr. der Stadt im Werden: 17 280 Volksbank Georgsmarienhütte eG
Auflage: 10.800 - Offsetdruck R. Lamkemeyer, Georgsmarienhütte, Telefon (0 54 01) 4 05 28

Verantwortlich:

Werner Schmigelski, 4504 Georgsmarienhütte
Haseldehnen 17, Telefon 23 13

Herausgeber **CDU**
Georgsmarienhütte

Der Wechsel ist vollzogen!

Fast genau 13 Jahre nach der Wahl jenes 6. Deutschen Bundestages, die eine **knappe Mehrheit** für die SPD/FDP-Regierung brachte, hat sich der **demokratische Wechsel wieder vollzogen**. Eine neue Koalition aus CDU/CSU und FDP wählte den bisherigen Oppositionsführer **Helmut Kohl** zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Die **Gift- und Galle-Rede**, mit der der stellvertretende SPD-Vorsitzende **Helmut Schmidt** vor der Abstimmung bissig agitierte, genügt nicht, um die Mehrheit für den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu verhindern.

Schmidt berief sich zum Schluß noch einmal auf den **Wählerauftrag des Jahres 1980**. Wenn man ihm **glauben** wollte, war dieser Auftrag eine **Art Dauerauftrag**, mit dem er **tun und lassen konnte**, was er wollte. Daß die Wähler bei den folgenden Landtagswahlen **scharenweise der SPD davongelaufen** sind, weil Schmidt den eigentlichen Wählerauftrag nicht erfüllte, **verschwie** er mit verkniffenem Gesicht.

Als Schmidt sich 1980 wieder um das Bundeskanzleramt bewarb, versprach er den Wählern, die **Finanzen des Bundes in Ordnung** zu halten.

Seit diesem Versprechen hat er die Bundesrepublik Deutschland in **immer schnellerer Geschwindigkeit** in eine neue **Schuldenwelle** gestürzt. Mehr als 70 Milliarden weiterer Schulden wurden auf die Schultern der Steuerzahler geladen. Wäre Schmidt an der Regierung geblieben, hätten wir im kommenden Jahr erneut 50 bis 53 Milliarden Schulden bekommen.

Im Wahlkampf 1980 versprach Schmidt, **mehr für die soziale Sicherheit zu tun**. Statt dessen verfolgte er einen Kurs, der die **Wirtschaft immer ruinöser** traf, so daß der **Schuldendienst** inzwischen die für soziale Aufgaben vorgesehenen Mittel **überwuchert**.

Der Wahlkämpfer Schmidt wollte 1980 einen Auftrag erwirken, die **Rückkehr zur Vollbeschäftigung** herbeizuführen.

Statt dessen hantierte er mit **untauglichen Mitteln** sinnlos herum und bescherte uns **fast zwei Millionen Arbeitslose**, wobei seine eigene Regierung zugeben mußte,

daß das Arbeitslosenheer im kommenden Jahr auf **drei Millionen ansteigen könnte**. Der damalige Bundeskanzler versprach vor der Wahl 1980, den **kleineren und mittleren Betrieben** mit ihren vielen Arbeitsplätzen **bessere Chancen** zu geben. Niemand erteilte ihm den Auftrag, so konzeptionslos zu regieren, daß uns **zwischen die größte Konkurszahl seit der Inflation des Jahres 1923** bedrückt.

Der Bundeskanzler Schmidt hat seinen ihm gestellten **Wählerauftrag nicht erfüllt**. Er praktizierte statt dessen eine **Politik, für die ihn niemand legitimierte**. Wie er angesichts dieser Tatsache auf ein **angebliches moralisches Recht pocht**, bis zum Jahre 1984 im Amt zu bleiben, ist **weitgehend unverständlich**. Es sei denn, man sieht die Politik ausschließlich aus dem Blickwinkel der gegenwärtigen sozialdemokratischen Führungsschicht, aus dem der demokratische Wechsel wie das Böse schlechthin wirkt, wenn die **SPD dabei in die Opposition gerät**.

Die SPD-Führung hat in zahlreichen Anzeigen die **sofortige Einleitung von Neuwahlen** propagiert. Weniger, weil sie die Wahlen selbst will, sondern weil sie **hofft**, auf diese Weise **noch ein Vierteljahr im Regierungs-Amt** bleiben zu können.

Für die **Bildung einer handlungsfähigen Bundesregierung** sind Neuwahlen noch in diesem Jahr **nicht notwendig**. Die eindeutige Mehrheit des gewählten Parlaments steht zur neuen Bundesregierung. Handlungsfähige Landesregierungen existieren dagegen **nicht** in Hamburg und in Hessen, weil dort beide Regierungen nach den Landtagswahlen **ohne Mehrheiten** dastehen. In beiden Ländern wären daher **Neuwahlen zwingend**, um die Handlungsfähigkeit der Regierungen wieder herzustellen. Aber dort, wo es **notwendig ist, neu zu wählen**, wehrt sich die **SPD gegen die Wahlen**, weil sie fürchtet, dann aus der Regierungsverantwortung **herausgedrängt** zu werden.

Die **doppelte Moral der SPD-Führung von heute** lautet: **Dort, wo durch schnelle Neuwahlen die Regierungszeit der SPD wenigstens für ein paar Monate verlängert werden kann, sind Neuwahlen notwendig.**

Aber dort, wo die SPD ohne Neuwahlen etwas länger am Kabinetttisch sitzen **bleiben kann, sind Neuwahlen verpönt**.

Die SPD-Führung weiß natürlich, daß sie auch in einem **Bundestagswahlkampf keinen Sieg** zu erringen vermag. Aber sie **hofft**, die **CDU/CSU** kurz vor der Fünfzig-Prozent-Grenze **stoppen** und die **FDP** aus dem Deutschen Bundestag **vertreiben** zu können. Dann wäre eine gebliebene Minderheitsregierung Schmidt – wegen des zu erwartenden Einzugs der Grünen – weiter im Amt, auch dann, wenn die Bundesrepublik dabei **unregierbar** würde. Die **gegenwärtige SPD-Führung hält die Unregierbarkeit der Bundesrepublik Deutschland** aber offenbar für eine **brauchbare Alternative** zu einer von der **CDU/CSU** getragenen **handlungsfähigen Regierung**. Die Partei, die einst **„mehr Demokratie wagen“** wollte, **nimmt heute die Unregierbarkeit in Kauf**.

Die CDU/CSU hat sich, obwohl sie sich **durchaus ihrer großen Chancen bei Neuwahlen klar** war, für den Weg entschieden,

erst eine **neue Bundesregierung mit der FDP** zu bilden, ein **Sachprogramm vorzulegen** und die notwendige Wende auch im **Gesetzgebungsverfahren einzuleiten**, ehe sie sich absprachegemäß im **Frühjahr 1983 den Wählern** stellt.

Die Unterhändler der CDU/CSU und der FDP haben ein gemeinsames Programm erarbeitet. **Es handelt sich nicht um ein Programm des unproduktiven Verwaltens von Mangel, sondern um ein Programm der Erneuerung.**

Es **bekämpft die Wirtschaftsflaute**, es **rückt der Arbeitslosigkeit zu Leibe** und es **stoppt die wahnsinnige Ausgabenflut**.

Die **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** wünscht dem neuen Bundeskanzler Helmut Kohl nicht nur alles erdenklich Gute und nicht einfach nur Erfolg. Sie ist **bereit, mit dieser neuen Regierung die notwendige Wende herbeizuführen**.

Herzlichen Glückwunsch, Helmut Kohl!
Die harte Arbeit für uns alle beginnt.

Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues
MdB

3000 Bäume oder ein Experiment.

Die CDU Oesede betritt Neuland mit einem Experiment, das der naturnahen Verschönerung unseres Stadtbildes dienen soll. Die gut 1 Hektar große Fläche zwischen der B 51, dem „Stadtring“ sowie der Straße „Im Spell“ soll von Mitgliedern der Oeseder CDU in Patenschaft übernommen werden. Sie verpflichten sich für die nächsten Jahre, eine Begrünung durchzuführen und die Pflege dieses Geländes zu übernehmen.

Was ist geplant?

Nachdem es mit viel Glück und Initiative gelungen war, das Gelände „westlich B 51“ aus dem Bebauungsplan herauszunehmen und dem Grünfinger in Oesede zuzuschlagen, entwickelten sich in den letzten zwei Jahren Pläne für ein neues Grünflächenkonzept in unserem Stadtteil. Nicht den Stadtpark von St. Peter und Paul bis in den Dörenberg verlegen, sondern den Teutoburger Wald in die Stadt holen! Das ist das neue Motto!

Konkret bedeutet dies, daß möglichst naturnah eine Bepflanzung dieses Geländes



Das Gelände „westlich B 51“

durchgeführt werden muß, wie sie sich an den Hängen des Dörenbergs mit Misch- und Laubwald noch an vielen Stellen dem Spaziergänger zeigt. Gleichzeitig wird möglichst auf teure und aufwendige Erschließungsmaßnahmen ver-

zichtet wie Pflasterung der Wege, Beleuchtung etc. Darf man auf dem Weg durch den Wald nasse Füße bekommen? In der Natur ist dies wohl so.



Ob es hier in 50 Jahren so oder ähnlich aussehen kann ?

Was denn nun

Unter dieser Überschrift kommentierte die NOZ die Ratssitzung vom 30.9.82 in unserer Stadt. Hatte die CDU-Fraktion aus Fairness über lange Zeit zu zahlreichen Ungereimtheiten in der UWG geschwiegen, so muß jetzt nach einem Jahr kommunalpolitischer Arbeit die Kritik erlaubt, ja sogar notwendig sein, damit der Wähler sich ein Bild über die selbst ernannte neue Kraft machen kann. Nach der parlamentarischen Bauchlandung der UWG in der genannten Ratssitzung fragt die CDU-Fraktion heute:

- Wo bleibt das versprochene Engagement der UWG für Verkehrsberuhigte Zonen. Außer bei CDU und SPD ist parlamentarisch keinerlei Aktivität feststellbar.
- Wie hat die UWG sogenannte Zentralitätsbestrebungen verhindert oder wie ist sie ihnen entgegengetreten? Wo hat sie – wie vorher versprochen – Gegenvorstellungen eingebracht? Fehlanzeige

Benötigt werden etwa 3000 junge Bäume, die in den nächsten Pflanzsaisons von Oeseder CDU-Mitgliedern gepflanzt werden. Keine teure, pflegeintensive Anlage, sondern über eine Aufforstung ein richtiges Wäldchen soll hier entstehen.

Was hat die CDU Oesede damit zu tun?

Großzügige Grünflächen sind durch notwendige, intensive Pflege für eine Kommune sehr teuer. Gerade aber heute ist es bei immer knapper werdenden Mitteln – auch in Georgsmarienhütte sind die Kassen leer – erforderlich, den Umweltschutz weiter zu entwickeln und dem Bürger ein natürliches Umfeld zu erhalten. Besser als viele Programme und „Sprüche klopfen“ ist die Tat, seine nächste Umwelt zu gestalten. Wahlkämpfe organisieren, das kann die Partei, das hat sie gezeigt. Ist es für Sie, liebe Leser, aber nicht sinnvoller und glaubwürdiger, wenn sich hier eine Gemeinschaft in solider Arbeit zeigt?

P.S. Sie können auch helfen – wenden Sie sich an die CDU!

CDU-Ortsverband Oesede

muß hier gemeldet werden, da die UWG wohl eingesehen hat, wie unsinnig ihre Wahlkampfbehauptung war.

- Wie verbindlich sind Aussagen der UWG-Vertreter gegenüber Bürgern, wenn anschließend im Entscheidungsprozeß ein anderes Abstimmungsverhalten als versprochen an den Tag gelegt wird? Beweis beim Bebauungsplan Oesede-West.
- Wie ist das Verhalten zum Radweg entlang der L 95 zu bewerten? In zahlreichen Entscheidungen wurde die Sach- und Rechtslage mitgetragen, doch plötzlich beim Einspruch eines Anliegers lehnt man die Verantwortung ab. Ja, verehrte Leser, Sie lesen richtig: Man lehnt urplötzlich die Verantwortung für einmal mitgefaßte Beschlüsse ab. Will man nun den Radweg nicht mehr? Für verantwortungsbewußte Ratsherren muß diese Arbeitshaltung wie ein Armutszeugnis wirken, dem Wähler gegenüber nicht vertretbar.

Zu fragen ist bei dieser Sachlage, ob Ratssarbeit sich „im Campen gegen die A 33“ erschöpfen darf?

CDU-Fraktion
Heinz Lunte

CDU – FRAKTION IM GESPRÄCH

Betriebsräte entwickelten kommunalpolitische Aufgaben.

Nachdem vor einigen Monaten bereits eine sehr gut besuchte und fruchtbare Begegnung der CDU-Fraktion des Stadtrates mit Vertretern des mittelständischen Gewerbes unserer Stadt und der Handwerkskammer Osnabrück stattgefunden hatte, setzte die CDU-Fraktion am 19.10.1982 die Reihe ihrer Informationsveranstaltungen in einem Gespräch mit Betriebsräten aus ortsansässigen Unternehmen fort.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Heinz Lunte konnte zahlreich erschienene Betriebsräte aus vielen Betrieben des Stadtgebietes, die der Einladung zu einer Diskussion mit der Fraktion gefolgt waren, begrüßen. Eindeutig und klar forderten die Betriebsräte den Bau der A 33. Wenig Verständnis zeigten sie gegenüber den Campbewohnern, brachten aber Verständnis für die betroffenen Landwirte auf. Wie die Eigentümer aus ihrer Sicht durchweg den Bau ablehnen, so forderten die Betriebsräte aus wirtschaftlicher Sicht, aus Sorge um zahlreiche Arbeitsplätze den Bau der Autobahn.

Überhaupt entwickelte sich im Verlaufe der Diskussion eine freundliche und sachbezogene Atmosphäre, in der den Kommunalpolitikern zahlreiche Entscheidungshilfen geliefert wurden. Der Weiterbau der Klöcknerstraße wurde gefordert. Ebenfalls hielten die Betriebsräte den Aus- und Weiterbau der Industrie- und Gewerbegebiete für unbedingt notwendig, damit die Stadt gegen auftretende strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft gerüstet sei. Als richtig stellten sich die bei der Grundstücksvergabe praktizierten Verfahren innerhalb der Stadt dar, daß nämlich der Grundstückspreis mit den zu erwartenden Arbeitsplätzen gekoppelt wird.

Einigen Betriebsräten war das Sonderprogramm für Ausbildungsplätze, das von

der CDU-Fraktion in '82 gefordert und durchgesetzt war, noch nicht bekannt. Uneingeschränkt wurde das Programm akzeptiert, und die Betriebsräte baten darum, daß auch ihnen die Bedingungen zugeleitet würde, damit sie ihre Mitwirkung besser nutzen könnten. Die Betriebsräte traten nachdrücklich für eine Neuauflage und – wenn möglich – Erweiterung des Programms in 1983 ein.

Besonders engagiert diskutierte man über die Auftragsvergaben der Stadt Georgsmarienhütte, und wiederholt wurde die Frage gestellt, ob einheimische Bieter nicht einen gewissen Vorzug erhalten könnten. Bürgermeister Ludwig Siepelmeier wies auf die rechtliche Problematik hin, sagte für diesen Problembereich aber eine nochmalige Aufarbeitung der Sach- und Rechtslage durch Fraktion, Rat und Verwaltung zu, wobei er auch auf jüngste Entscheidungen der Stadt Osnabrück verwies.

Unterschiedlich wurde von einzelnen Betriebsräten die Bindung familienpolitischer Maßnahmen an bestimmten Einkommensgrenzen bewertet, die von der CDU-Fraktion bisher abgelehnt wurde. Die Frage nach der Effizienz derartiger Begrenzung stand der psychologischen Barriere des Gießkannenprinzips gegenüber. Die CDU-Ratsherren ließen klar erkennen, daß sie aus finanziellen Gründen im Sozialbereich auch Abstriche machen müßten. In diesem Zusammenhang wurde von Betriebsratsvertretern eines Unternehmens an einem bereits praktizierten Fall die positive Wirkung einer Lohnpause zum Wohle der Mitarbeiter herausgestellt. Dieser Punkt löste, wie nicht anders zu erwarten war, einen lebhaften Meinungsstreit aus.

Zwar wurde mit diesem Blick auch die bundespolitische Perspektive eingebracht, doch wurden größtenteils kommunalpolitische Sachthemen erörtert.

Nach über zweistündiger Diskussion, in der auch weitere Gespräche verabredet wurden, bedankte sich Lunte für die sachlichen Beiträge und sicherte den ständigen Kontakt zwischen Betriebsräten und der Fraktion der CDU zu. Für die Redaktion

Werner Schmigelski 5

50 neue Lehrstellen – ein Erfolg der CDU-Fraktion.....

Erfreuliche Bilanz in GM-Hütte: Durch die Aktion der Stadt zur Schaffung **zusätzlicher** Ausbildungsplätze konnten 50 neue Lehrstellen geschaffen werden: 8 in Bauunternehmen, 23 in Handwerksbetrieben und 19 in Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Die Stadt GM-Hütte hatte im März dieses Jahres auf Antrag der CDU-Fraktion kurzentschlossen 100.000 Mark für die

Weitere Ausweisung von Bauland ist notwendig.

Auf seiner Sitzung am 30. Sept. 1982 beschloß der Rat der Stadt die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes. Neben der Anpassung zahlreicher Darstellungen an inzwischen eingetretene Nutzungsänderungen geringen Umfanges galt es, für die weitere Entwicklung unserer Stadt Festsetzungen zu treffen. Die Ausweisung von Baugebieten war notwendig geworden, da zur Zeit kaum noch Bauplätze – zu erschwinglichen Preisen – zu erwerben sind. Dies ist nicht zuletzt auf die Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen, wie ein kurzer Blick auf die Einwohnerzahlen und ihre geschichtliche Entwicklung zeigt.

Im heutigen Stadtgebiet wohnten um die Jahrhundertwende etwa 6.000 Menschen. Der Zuwachs betrug bis 1920 ca. 50 %, insgesamt also 9.000 bis 1940 + 66 %, insgesamt also 15.000 bis 1960 + 57 %, insgesamt also 23.500 bis 1970 (Stadtgründung) + 25 %, insgesamt also 29.346 bis 1982 + 11%, insgesamt also 32.634 Bürger.

Für die Zeit von 1960 bis 1982 waren es insgesamt ein Plus von mehr als 36 %. Interessant ist es, zu betrachten, ob diese Entwicklung in allen Stadtteilen gleichmäßig verlaufen ist. Während in den letzten Jahren der Zuwachs besonders in Harderberg, Holzhausen und Oesede zu verzeichnen war, nahm die Bevölkerung in Kloster-Oesede kaum noch zu in Alt-Georgsmarienhütte sogar ab. Ein Grund für den Zusammenschluß lag darin, daß auf dem Gebiet der alten Ge-

Schaffung neuer Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Für jeden zusätzlichen und anerkannten Ausbildungsplatz zahlte die Stadt einen Betrag von mindestens 2.000 Mark. Der Fond wurde voll ausgeschöpft.

Herzlichen Dank auch den Ausbildungsbetrieben. Jeder weiß, daß der ausgesetzte Betrag zwar einen Anreiz geben, nicht aber die Kosten für einen Ausbildungsplatz decken kann.

Werner Schmigelski

meinde GM-Hütte kaum noch Baugebiete zur Verfügung gestellt werden konnte wegen der besonderen geographischen Verhältnisse. In Kloster-Oesede besteht jedoch für die Eigenentwicklung ein gewisser Bedarf, dem durch Ausweisung von Flächen östlich der „Hohen Linde“ entsprochen wurde.

Durch Ausweisung von Flächen am Eschweg wird zugleich erreicht, daß die Bebauung zwischen Harderberg/Oesede-Nord und Oesede-Mitte zusammenwächst. Die geburtenstarken Jahrgänge ab 1955 sind im heiratsfähigen Alter. Es ist leicht einsehbar, daß dadurch in den nächsten Jahren Wohnraumbedarf entstehen wird. Durch diese Entscheidung des Rates ist gewährleistet, daß auch diesen Mitbürgern die Möglichkeit geschaffen wird, Wohnungseigentum zu schaffen. Hoffen wir, daß auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so gestalten, daß weiterhin breiten Bevölkerungsschichten der Bau von Siedlungshäusern ermöglicht bleibt.

Theo Elixmann

Neuordnung der Verkehrsanlagen in Oesede-Mitte

Bevor die Straßengestaltung in Oesede-Mitte ihre endgültige Form erhält, läuft ein Versuch. Warum wird er durchgeführt?

– Die Oeseder Straße hat seit Jahren die höchste Unfallziffer in unserer Stadt. Es war nicht mehr zu verantworten, nichts zu tun, auch wenn die Mittel zum Straßenausbau knapp sind.

- Alle Ansprüche der Verkehrsteilnehmer sind nicht gleichermaßen zu erfüllen. Die Konflikte müssen erkannt werden und zwingen zu einem Kompromiß, der vor der endgültigen Planung sorgfältig abzuwägen ist.
- Die unmittelbare Erfahrung und die Beteiligung der Bürger an dem Projekt ist besonders wichtig.

Leser schreiben uns ...



Besseres Ortsbild in Alt-Georgsmarienhütte

Durch die Verlegung des Bauhofes hat Alt-Georgsmarienhütte die Chance, einen städtebaulichen Mittelpunkt zu erhalten. Nutzen Sie diese seltene Gelegenheit sinnvoll. Schaffen Sie einen freien Platz mit zurückhaltender Bebauung. An dieser Stelle ist ein Supermarkt unangebracht. Die Einbeziehung des Kreuzungsbereiches Haseldehnen/Parkstraße in die Planung sollte ebenso selbstverständlich sein, wie die von Ratsherrn Willi Frische geforderte Schaffung eines Busbahnhofes. Geben Sie den Bürgern von Alt-Georgsmarienhütte ein schönen Platz ungezwungener Begegnung.

P.S.: Zu dem Bild in Nr. 86 „Abriß geplant! Darf das sein?“ Kurz und bündig: „nein!“

Klaus Neubauer
Zum Tannenkamp 108

„Stadt im Werden“ bittet die Bürger unserer Stadt, ihre Kenntnisse und Erwartungen in diese Planung einzubringen. Jede Eingabe wird gewissenhaft ausgewertet. In einer der nächsten Ausgaben werden wir das Ergebnis dieser Meinungsfrage besprechen.

Ihre Vorschläge senden Sie bitte an die Redaktion „Stadt im Werden“, Haseldehnen 17, 4504 Georgsmarienhütte.

Für die Redaktion!
Werner Schmigelski

Spielplätze im Baugebiet Sutfeld I/Holzhausen Neuer Treffpunkt für viele Kinder – Welch eine Freude!

Endlich sind die zwei Kinderspielplätze fertiggestellt und mit sehr schönen Spielgeräten versehen. Täglich ist reger Betrieb auf beiden Anlagen und an den verschiedenen Geräten festzustellen. Die spielenden Kinder sowie mancher beaufsichtigender Erwachsener erleben hier viel Freude. – Kinder haben das Recht auf eine schöne, unbeschwerte Jugend. Wir Erwachsene sollten ihnen die Möglichkeit – je früher um so besser – dazu bieten. – Gewünscht hätten wir uns jedoch alle diese Spielgelegenheiten für die Kinder schon früher, da doch die Anliegergebühren durch die Bauwilligen, (Ablöseverträge mit der Stadt) bereits seit Jahren entrichtet wurden.

Dennoch, im Namen vieler Kinder und Eltern herzlichen Dank an alle, die sich für das Gelingen eingesetzt haben.

Alfred Hülsmann
Sutfeld 4

